



ITUC/TUAC

PRIORITÄTEN DER GEWERKSCHAFTEN FÜR DIE FRANZÖSISCHE PRÄSIDENTSCHAFT DER G20/G8 IM JAHR 2011

Hintergrund	1
Das Wachstum wiederherstellen und Arbeitsplätze schaffen:	2
Fortschritte bei der Finanzmarktregulierung und der Besteuerung erzielen:	3
Die Entwicklung wieder auf Kurs bringen:	3
Zu einem neuen, nachhaltigen Wirtschaftswachstumsmodell übergehen:	3
Die Lenkung und Transparenz der G20 verbessern:	4

Über den IGB und den TUAC

Der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB, www.ituc-csi.org) ist die größte internationale Gewerkschaftsorganisation, die die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weltweit vertritt. Er hat 301 Mitgliedsorganisationen in 151 Ländern und Hoheitsgebieten und insgesamt 177 Millionen Mitglieder.

Der Gewerkschaftliche Beratungsausschuss (TUAC, www.tuac.org) bei der OECD vertritt die Gewerkschaften gegenüber der OECD. Ihm gehören mehr als 58 Gewerkschaftsdachverbände in den 34 Industrieländern an, die Mitglied bei der OECD sind. Seine Mitgliedsorganisationen vertreten zusammen rund 66 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. IGB & TUAC sind Mitglieder des Global-Unions-Rates (www.globalunions.org)

Hintergrund

1 Anfang 2011 befindet sich die Weltwirtschaft an einem kritischen Punkt. Die Erholung von der großen Rezession 2008-2010 ist uneinheitlich und fragil. Die Unternehmensgewinne sind in den Industrieländern stark angestiegen, während die Investitionen weiter stagnieren und die Löhne gekürzt werden. In den industrialisierten Volkswirtschaften sind die Folgen des politischen Richtungswechsels von abgestimmten Expansions- und Konjunkturmaßnahmen der G20 zu Sparmaßnahmen allmählich zu spüren, und sie drohen, die Wirtschaft erneut in die Rezession zu stürzen und die Arbeitslosigkeit weiter steigen zu lassen. Paradoxerweise läuft die Sparpolitik durch ihre negativen Auswirkungen auf das Wachstum jedoch Gefahr, die Rückkehr zu nachhaltigen Staatsfinanzen mittelfristig zu bremsen. Die wichtigsten Schwellenländer in der G20 haben nach wie vor ein solides Wachstum zu verzeichnen. Dennoch sind die Pläne für die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele (MDGs) jetzt ernsthaft vom Kurs abgekommen. Die 2005 beim Gipfel in Gleneagles von der G8 gemachten Zusagen scheinen mittlerweile vergessen.

2 Die Rhetorik der Regierungen angesichts des Widerspruchs zwischen einem stagnierenden oder fragilen Wachstum einerseits und einer deflationären Sparpolitik andererseits sieht so aus, dass „Strukturreformen“ gefordert werden. Die vorgeschlagenen Strukturreformen – deregulierte Arbeitsmärkte, Abbau des Beschäftigungsschutzes, strengere Auflagen und geringere Sozialleistungen – stellen eine Rückkehr zu den Rezepten der Vergangenheit dar, die die Zunahme der Einkommensungleichheit (von Anfang an ein Schlüsselfaktor für die Auslösung der Krise) vorangetrieben haben.

3 Bei den G20-Gipfeln von Toronto und Seoul im Jahr 2010 fand eine Abkehr von den Schwerpunkten der Gipfel 2009 in London und Pittsburgh – abgestimmte politische Maßnahmen und Beschäftigungswachstum – statt. Die französische Präsidentschaft hat eine ehrgeizige Agenda für die Treffen der G20 und der G8 im Jahr 2011 zugesagt. Die Gewerkschaften halten es für unerlässlich, dass diese Agenda folgende Prioritäten beinhaltet: **das Wachstum der Weltwirtschaft wiederherstellen und Arbeitsplätze schaffen; die Finanzmärkte regulieren; die Entwicklung wieder auf Kurs bringen; die Krise überwinden und zu einem neuen, nachhaltigen Wirtschaftswachstumsmodell übergehen; sowie die Lenkung und Transparenz der G20 verbessern.**

Das Wachstum wiederherstellen und Arbeitsplätze schaffen:

4 Den G20-Regierungen muss es prioritär darum gehen, für eine schnellere wirtschaftliche Erholung zu sorgen, indem sie die Nachfrage erhöhen, um das Beschäftigungswachstum wieder in auf Vollbeschäftigung abzielende Bahnen zu lenken. Dies erfordert die Förderung eines einkommensorientierten Wachstums seitens der Regierungen, einschließlich der Gewährleistung, dass die Staatsausgaben auf konkrete Maßnahmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen und vor allem auf den Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und der Langzeitarbeitslosigkeit ausgerichtet sind.

5 Die Regierungen sollten die Empfehlungen der Washingtoner Arbeitsministerkonferenz der G20 (April 2010) umsetzen. Angesichts des Ernstes der Beschäftigungskrise sollte die G20-Arbeitsministerkonferenz im Jahr 2011 Teil einer Reihe von Maßnahmen der G20 sein, die auf die schnelle Umsetzung der Empfehlungen von Washington abzielen, im Einklang mit der in Seoul gemachten Zusage, *„die Arbeitsplätze in den Mittelpunkt der Konjunkturerholung zu rücken“*. Die Agenda sollte Folgendes berücksichtigen: Beschäftigungsmaßnahmen für krisengetroffene Länder, einschließlich der jeweiligen Rollen von IWF, IAO und OECD; die positiven potenziellen Auswirkungen von Tarifverhandlungen auf die Gesamtnachfrage, einschließlich der Rolle internationaler Arbeitsnormen; Beispiele für erfolgreiche Praktiken bezüglich der Maximierung qualitativ hochwertiger Beschäftigung, einschließlich der aus den Reaktionen des Arbeitsmarktes auf die Krise gelernten Lektionen; die Umsetzung der in der Schlusserklärung der G20 von Seoul enthaltenen Empfehlungen bezüglich des Sozialschutzes und der Schulungsstrategie von Toronto, vor allem für junge Menschen; Aufhalten der Zunahme prekärer und irregulärer Tätigkeiten, die die Konjunkturerholung untergräbt; und weitere Folgemaßnahmen zur Washingtoner Arbeitsministertagung der G20, einschließlich deren Forderung nach Korrekturmaßnahmen zur Bewältigung der *„zunehmenden Einkommensungleichheiten“*, u.a. durch *„eine Mindestlohnpolitik und verbesserte Institutionen für den sozialen Dialog und Tarifverhandlungen“*.

6 Es ist unerlässlich, dass die Regierungen eine G20-Arbeitsgruppe für Beschäftigungsfragen einrichten, in der sowohl die Sozialpartner als auch die Arbeits-, Finanz- und Entwicklungsministerien sowie die relevanten internationalen Organisationen vertreten sind. Sie sollte den Auftrag haben, die Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsminister zu beschleunigen und den Regierungen zu diesem Zweck Unterstützung zu gewähren.

7 Die G20-Arbeitsministerkonferenz sollte Konsultationen mit den Sozialpartnern beinhalten, sowohl im Vorfeld als auch während des Treffens. Die Spitzen der G20 sollten zudem bestätigen, dass die G20-Arbeitsministerkonferenz jährlich stattfindet, um beschäftigungspolitische Empfehlungen für alle G20-Regierungen zu formulieren.

8 Alle vorstehend angesprochenen Themen stehen mit dem Globalen Beschäftigungspakt der IAO in Verbindung, den die Spitzen der G20 in Pittsburgh befürwortet haben. Die Regierungen müssen ihre Verpflichtung zur Umsetzung des Paktes bekräftigen. Auf dieser Grundlage sollten weltweite Maßnahmen zum Ausbau des sozialen Dialogs auf nationaler Ebene beschleunigt werden, um die Kaufkraft zu erhöhen, den sozialen Schutz zu verbessern, in einen qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienst zu investieren, Bildungs- und Schulungsmaßnahmen zu ergreifen, das geschlechtsspezifische Lohngefälle zu reduzieren und in grüne Arbeitsplätze zu investieren.

9 Die G20-Regierungen sollten die Rolle der IAO im Rahmen der IWF-Programme für von der Krise betroffene Länder ausweiten, um sicherzustellen, dass die Konjunkturerholung mit Wachstum und höheren Löhnen einhergeht (wie bei der gemeinsamen IAO/IWF-Konferenz im September 2010 in Oslo vereinbart),

ebenso wie bei dem G20-Prozess gegenseitiger Bewertungen für ein „starkes, nachhaltiges und ausgewogenes Wachstum“ (gemäß der G20-Erklärung von Seoul), und die erforderlichen Mittel dafür bereitstellen. Sie sollten ferner die Kapazitäten der IAO hinsichtlich des Angebots länderspezifischer Unterstützung und der Durchführung globaler und nationaler makroökonomischer Analysen verbessern.

Fortschritte bei der Finanzmarktregulierung und der Besteuerung erzielen:

10 Die Regierungen sollten sich zur gemeinsamen Einführung einer Finanztransaktionssteuer verpflichten, mit der unproduktive spekulative Geschäfte besteuert und Ressourcen für die Entwicklung, die Umwelt und qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen aufgebracht würden.

11 Die G20 muss die Umsetzung ihres Aktionsplans zur Finanzmarktregulierung vertiefen und beschleunigen, inklusive des Beschlusses wirksamer, solider Maßnahmen gegen Steueroasen und andere Formen der Steuerflucht, wobei auf die Unterstützung der OECD zurückgegriffen werden sollte. Systemische Gefahren sind nicht das einzige zu bewältigende Problem. Die Regierungen sollten zudem Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass die Finanzmärkte zu ihrer ursprünglichen Aufgabe zurückkehren, der Lenkung von Ersparnissen in produktive Investitionen statt in Spekulationen.

12 Das Financial Stability Board (FSB) sollte von der G20 den Auftrag erhalten, ein Verfahren für die Konsultation der Gewerkschaften einzuführen.

Die Entwicklung wieder auf Kurs bringen:

13 Die G20-Länder müssen ihre Verpflichtungen hinsichtlich der staatlichen Entwicklungshilfe zur Erreichung der MDGs einhalten bzw. erhöhen, im Einklang mit der G20-Erklärung von Seoul, in der auf die Erfüllung der offiziellen Entwicklungshilfeszusagen seitens fortgeschrittener Länder eingegangen wird.

14 Eine bei der G20-Arbeitsministertagung in Washington begrüßte soziale Grundsicherung sollte durch die Bereitstellung der erforderlichen Mittel über den IWF und die Weltbank unterstützt werden. Die in Seoul in Auftrag gegebenen Maßnahmen der G20 hinsichtlich einer sozialen Grundsicherung sollten eine führende Rolle für die IAO vorsehen und zu spezifischen Empfehlungen führen, um die Finanzierungslücke zu schließen, damit die einzelnen Länder sowohl eine soziale Grundsicherung als auch eine qualitativ hochwertige Bildung für alle ermöglichen können.

15 Die vom Gipfel in Seoul beschlossene Feststellung und Förderung der besten vorhandenen Sozialnormen für private Investitionen in Wertschöpfungsketten und seine Aufforderung an IAO, OECD, UNDP, UNCTAD und die Weltbank zur Zusammenarbeit, um Empfehlungen für die Maximierung privater Investitionen und die Unterstützung des Regelrahmens für ausländische und inländische Investitionen auszusprechen, müssen auf den maßgebenden internationalen Instrumenten in diesem Bereich basieren, den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen und der Dreigliedrigen Grundsatzerklärung der IAO über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik. Beigetretene Regierungen sollten sich für eine ehrgeizige Aktualisierung der OECD-Leitsätze mit wirksamen Nationalen Kontaktstellen aussprechen, die einem gemeinsamen hohen Standard genügen.

Zu einem neuen, nachhaltigen Wirtschaftswachstumsmodell übergehen:

16 Die G20-Regierungen sollten auf dem Ergebnis der COP16 (Cancún, Dezember 2010) aufbauen und sich zu einem Abkommen bei den multilateralen Klimaverhandlungen bei der COP17 im Dezember 2011 in Durban verpflichten, einschließlich Maßnahmen für einen gerechten Übergang.

17 Die G20 sollte Maßnahmen ergreifen, um die Empfehlungen der G20-Arbeitsminister von Washington bezüglich einer gerechteren Verteilung der Früchte des Wachstums und der Stärkung von Tarifverhandlungen umzusetzen.

18 Die G20 sollte die Arbeit an der „Merkel-Charta“ für nachhaltiges Wirtschaften, die die vollständige IAO-Agenda für menschenwürdige Arbeit sowie ein wirksames Umsetzungsverfahren beinhaltet, abschließen und die Charta verabschieden.

Die Lenkung und Transparenz der G20 verbessern:

19 Der G20-Gastgeber sollte ein „Gewerkschaften-G20“-Konsultationsverfahren einführen, um vorhandene Verfahren für Gewerkschaftskonsultationen im Einklang mit der in der Erklärung von Seoul enthaltenen spezifischen Verpflichtung zur „systematischeren“ Einbeziehung der Gewerkschaften zu stärken. Dieses Verfahren sollte von den Spitzen der G20 im November 2011 bestätigt werden.



ITUC/TUAC

PRIORITÄTEN DER GEWERKSCHAFTEN FÜR DIE FRANZÖSISCHE PRÄSIDENTSCHAFT DER G20/G8 IM JAHR 2011

International Trade Union
Confederation (ITUC)
International Trade Union House
5 Boulevard du Roi Albert II, Bte 1
1210 Brussels, Belgium
Tel : +32 (0)2 224 0111
info@ituc-csi.org
www.ituc-csi.org

Trade Union Advisory Committee
(TUAC) to the OECD
15, rue La Perouse
75016 Paris, France
Tel: +33 (0) 1 55 37 37 37
tuac@tuac.org
www.tuac.org